

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugpreis monatlich drei Haus 2 RM (Halbmonat 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresden-Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-N. / Geschäftsstelle u. Expedition: Mühlentorstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 690, Dresden-Verlagsgesellschaft
Schreibleitung: Dresden-N., Güterbahnhofstr. 2 / Fernschreiber: Amt Dresden Nr. 17 259 / Druckanstalt: Arbeiterstimme Dresden / Spredstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gestaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM für die Reklamazeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-N., Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugpreises

4. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 9. Februar 1928 Nummer 34

Kampfbereitschaft notwendig

Drohung der Metallindustriellen / 3 Pfennig Lohnerhöhung geboten / Eine freche Provokation der Unternehmer

Gleichender Verrat

Die Reformisten bereiten die Unterwerfung vor
Der Kampfwille der Arbeiter muß regnen

Berlin, 8. Februar 1928.

Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über den Kampf in der mitteldeutschen Metallindustrie sind noch nicht abgeschlossen und gestalten sich wegen der Hartnäckigkeit der Unternehmer, nicht die geringsten Zugeständnisse gegenüber den Forderungen der Metallarbeiter zu machen, sehr hartnäckig. Die Schwierigkeit der Verhandlungen bestätigt, daß die Metallindustriellen, die sich der Unterstützung durch die Bürgerblockregierung schuldig sind, auch vor der Anwendung der in den gestern gefassten Beschlüssen angedrohten Maßnahmen der Generalausperrung usw. nicht zurückschrecken werden.

Demgegenüber tun die reformistischen DMB-Führer und ihr Reichsorgan, der Vorwärts, alles, um die mitteldeutsche Metallarbeiterchaft zur Annahme eines Kompromisses mit den Metallindustriellen vorzubereiten. So schreibt der heutige Abend-Vorwärts zu den augenblicklichen Verhandlungen:

„Daß die Vertreter der Metallindustrie keinerlei Neigung zu irgendwelchen ernsthaften Konzessionen zeigen, andererseits aber die Metallarbeiter Mitteldeutschlands entschlossen sind, unter keinen Umständen zu den Bedingungen der Metallindustriellen in die Betriebe zurückzukehren.“

Kein Wort davon, daß die Metallarbeiter in Mitteldeutschland nicht nur ablehnen, zu den Bedingungen der Metallindustriellen den Streik abzubrechen, sondern daß die Metallarbeiterchaft ihre Forderung auf 15 Pfennig Stundenlohn-Erhöhung nicht erfüllt wissen will. Das kann nur bedeuten, was wir schon oft betont haben, daß die DMB-Reformisten und der Vorwärts nicht zu den Bedingungen der Metallindustriellen, aber doch bei einem annehmbaren Kompromißvorschlag der Metallarbeiterchaft den Abbruch des Streiks empfehlen werden!

Und der Vorwärts bemüht sich, in dieser Linie dem Reichsarbeitsminister das Stichwort für einen solchen Kompromißvorschlag zu liefern, indem er über die Lage in Mitteldeutschland und über die augenblicklichen Verhandlungen bemerkt:

„Die Metallindustriellen Mitteldeutschlands haben an den wirtschaftlichen Folgen der Ausperrung so schwer zu tragen, daß sie der finanziellen Hilfe dringend bedürfen, wenn sie nicht zusammenbrechen sollen. Die Aufrechterhaltung eines Großbetriebes ist heute mit so vielen finanziellen Verpflichtungen verknüpft, daß eine Einstellung des Betriebes in kurzer Zeit unangelegentlich zum Konkurs führen muß. Nun stelle man sich vor, zu welchen Konsequenzen die Stilllegung der gesamten Metallindustrie Deutschlands führen müßte. Die Auswirkungen würden selbstverständlich nicht auf die Metallindustrie beschränkt bleiben.“

Diese Ausführungen des Vorwärts sind gegen die Ausperrungsdrohung der deutschen Metallindustriellen gerichtet. Sie wirken aber objektiv dahingehend, daß der Reichsarbeitsminister „wegen der schweren wirtschaftlichen Schädigungen, die eine praktische Verwirklichung des Ausperrungsbeschlusses der Unternehmer mit sich bringen würde“, sich veranlaßt sieht, einen für die reformistischen DMB-Führer annehmbaren Vorschlag in den augenblicklichen Verhandlungen zu machen.

Das Bemühen der reformistischen Niederlagen-Strategen, ein solches Kompromiß zu erreichen, um es nicht zu größeren Kampfhandlungen in der gesamten deutschen Metallindustrie und darüber hinaus zu größeren wirtschaftlich-politischen Kämpfen überhaupt kommen zu lassen, ist offensichtlich.

Zu diesem Zwecke versuchen jene Gewerkschaftsführer und in ihrem Dienste der Vorwärts und die SPD-Presse, die rigorose Kommunistenhege, die sie seit Ausbruch des mitteldeutschen Metallarbeiterstreiks betreiben, in diesen Tagen der Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium noch zu steigern, um die Arbeiterchaft in die stärkste Frontstellung gegenüber den Kommunisten zu bringen und sie auf diese Weise aufnahmefähiger machen für einen reformistischen Kompromißvorschlag zur Beilegung des mitteldeutschen Kampfes zu machen. Dieser schändlichen Handlungsweise dient z. B. wieder ein Bericht des heutigen Abend-Vorwärts über eine Bezirkskonferenz des DMB, die am Montag in Halle tagte und die zur Kampfplage Stellung nahm. Nach dem Vorwärts hat dort ein Mitglied der oppositionellen Ortsverwaltung des DMB in Halle Ausführungen gemacht, die verwerflich im Widerspruch zu der Tätigkeit der Kommunistischen Partei und ihrer Presse stehen. „Wie uns dazu aus Halle berichtet wird, ist kein Wort der Behauptungen des Vorwärts, die sicher auch die anderen SPD-Blätter bringen werden, wahr. Der Besoffene Japp, der nach der Mitteilung des Vorwärts diese

Der Schiedsspruch droht

Berlin, 9. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Vizepräsident Kraus eröffnete 10.30 Uhr vormittags die unerbittlichen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über den mitteldeutschen Metallarbeiterkampf. Die Verhandlungen wurden dann unter dem Vorsitz von Dr. Vittingens aus Sachsen weitergeführt. Verhandlungsführer für die Unternehmer war der Syndikus der mitteldeutschen Metallindustriellen, Dr. Vohe, Verhandlungsführer der Gewerkschaftsvertreter war Handlke vom Hauptverband des DMB.

Die Gewerkschaftsvertreter erklärten, daß die mitteldeutschen Metallarbeiter auf ihrer Forderung von 15 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde bestehen bleiben. Daraus erklärten für die Unternehmer der Syndikus des Verbandes Mitteldeutscher Metallindustrieller, daß die Unternehmer unter keinen Umständen mehr als 3 Pf. Lohnerhöhung zugestehen. Wenn die Metallarbeiter diese 3 Pf. nicht annehmen und wenn der Konflikt nicht bald beendet wird, wird der Gesamtverband der Deutschen Metallindustriellen, wie schon öffentlich angekündigt wurde, die Gesamtausperrung der Metallarbeiter in ganzen Reich anordnen. Die unerbittlichen Verhandlungen, bei denen kein Schiedsspruch gefällt werden konnte, wurden 17 Uhr ergebnislos abgebrochen und werden am Sonnabend fortgesetzt.

Bezeichnenderweise nahm als Vertreter des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller und als Mitglied der mit allen Vollmachten für die Gesamtausperrung ausgestatteten 12er-Kommission der Unternehmer an den Verhandlungen der Syndikus der Berliner Metallindustriellen, Dr. Oppenheimer, teil.

Die Angriffsfront der Unternehmer

Verbreitet die Kampffront der Arbeiter
Nieder mit der Kommunistenhege

Halle, 8. Februar. (Eig. Drahtbericht des kommunistischen Presbureau.)

Unter Bruderorgan in Halle, der Klassenkampf, gelangt in den Besitz eines Rundschreibens des Verbandes Mitteldeutscher Metallindustrieller. Es hat folgenden Wortlaut:

„Verband Mitteldeutscher Metallindustrieller, E. A.,
Bezugsgruppe Anhalt-Deßau, den 1. Febr. 1928.“

„Wie Ihnen durch die Presse bekannt sein dürfte, steht die Arbeiterchaft der mitteldeutschen Metallindustrie seit Mitte Januar 1928 in einem schweren Wirtschaftskampfe gegen die maßlosen Lohnforderungen der Gewerkschaft. Trotz dem der zuständige Schlichter nur eine Erhöhung der Spitzen-

Ausführungen gemacht haben soll, hat im Gegenteil sich vollkommen mit den Vorschlägen der Partei und der kommunistischen Presse zur Führung des mitteldeutschen Kampfes einverstanden erklärt.

Der Vorwärts berichtet auch über diese Bezirkskonferenz, daß die Vertreter des DMB aus Magdeburg und Dessau und der Vorstandsvertreter H a n k e aus Stuttgart ihre Befriedigung darüber ausgesprochen hätten, „daß die jetzige Bewegung zur Klärung der Stellungnahme des DMB zur KPD beitrage“.

Diese Ausführungen des Vorstandsvertreeters des DMB, wie die Bemühungen des Vorwärts und der gesamten SPD-Presse, die einerseits durch Drohungen die Aktivität der Opposition im mitteldeutschen Kampfe unterbinden und sie durch Schwindelmeldungen kompromittieren wollen, werden keineswegs zum Erfolge führen.

Ein Beispiel dafür war die gestrige Funktionärerversammlung der streikenden Metallarbeiter in Halle, die von 16 bis 20 Uhr tagte und dann auf einen anderen Tag verschoben werden mußte, da die Diskussion über die Kampfpläne der reformistischen Bezirksleitung des DMB nicht zu Ende geführt werden konnte. In dieser Konferenz war der reformistische DMB-Führer Köhler anwesend, und er mußte sich von den Funktionären scharfe Angriffe wegen der reformistischen Kampfpläne, die jede Vertiefung und Erweiterung der Kampffront der Metallarbeiter verhindern, andererseits aber auch wegen der maßlosen Hege gegen die Kommunisten und die Internationale Arbeiterhilfe gefallen lassen. Insbesondere kam die Erbitterung der anwesenden Funktionäre darüber zum Ausdruck, daß die DMB-Führung nach wie vor es ablehnt, den Unorganisierten eine Unterstützung

Löhne von 3 Pfennig die Stunde für angemessen hält, fordern die Gewerkschaften nach wie vor 15 Pfennig pro Stunde.

Um diese Erhöhung, die den Auftakt für eine allgemeine Lohnbewegung in sämtlichen Industrien bilden soll, geht der Kampf, der in Mitteldeutschland ausgebrochen ist.

Die mitteldeutsche Metallindustrie führt den Kampf gegen die maßlosen Forderungen der Gewerkschaften in dem Bewußtsein, daß sie hierdurch nicht nur ihre eigenen Interessen vertritt, sondern auch mit Rücksicht auf die Bedeutung und Auswirkung des Lohnkampfes auf die Preisgestaltung für ein lebenswichtiges Interesse der gesamten deutschen Industrie einsteht.

Es muß daher erwartet werden, daß die mitteldeutsche Metallindustrie alleits Unterstützung in diesem Kampfe findet. Insbesondere dürfen die im Kampf befindlichen Firmen nicht auf Lieferung gedrängt und die für die mitteldeutsche Metallindustrie in Aussicht genommenen Aufträge aus Anlaß des Lohnkampfes nicht anderweitig vergeben werden.

(Folgt Unterchrift wie oben.)

Während die Industriellen die Bedeutung des Kampfes klar erkannt haben, und eine großzügige Solidaritätsaktion für die „leidenden Unternehmer“ eingeleitet ist, sabotieren die reformistischen Gewerkschaftsbureautanten jede Vertiefung der Kampfpläne und beschränken sich auf milde Kommunistenhege. Der Kampf gegen die Ausperrungsdrohungen gegen alle diejenigen DMB-Kollegen, die es gewagt haben, entgegen den Wünschen der DMB-Bureautanten die selbstverständliche Forderung zu vertreten, daß die Gemeinden den Streikenden und Ausgesperrten Hilfe aus öffentlichen Mitteln gewähren, muß verstärkt werden. Auch die sozialdemokratischen Kollegen werden angesichts der Verschärfung der Unternehmeroffensive jetzt die seit Wochen geforderte Taktik der oppositionellen Gewerkschaftler verstehen.

Erfolge der Solidarität

Die Arbeiter erkennen ihre Freunde

Die Internationale Arbeiterhilfe teilt mit, daß trotz der infamen Hege der reformistischen Gewerkschaftsführer gegen die Hilfsaktion der IAH alle Metallarbeiter ohne Rücksicht auf ihre politische Zugehörigkeit begeistert von ihrer Arbeit sind. Bisher hat der Landesvorstand noch nicht mit einer Silbe um Eintritt in die IAH aufgefordert. Aber die Gewerkschaftsvereinigungen von Oberhardt (200 Mann) und Dampfseilfabrik Schmidt (120 Mann) beschlossen einstimmig den kooperativen Beitritt zur IAH. Die Ortsgruppe Halle verzeichnet seit 1. Januar 40 Neuaufnahmen.

Reichsbannerkameraden für die Internationale Arbeiterhilfe. Heute erhielt der Landesvorstand der IAH Halle durch Johanna B. M. von der Reichsbanner-Ortsgruppe Gabrun bei Kratau, Bezirk Wittenberg, für die ausgesperrten Metallarbeiter.

zu gewähren und den Organisierten von der 1. bis 13. Woche erst ab 6. Streikwoche Unterstützung in Höhe von 5 bis 6 Mark zu zahlen. Köhler wurde von einigen empörten Funktionären zugerufen, daß sich dann die Unorganisierten gleich den Hals abschneiden“, resp. gleich in die Betriebe zurückkehren könnten, wenn die DMB-Führung ihre Haltung nicht ändere.

Die Empörung der Hallenser Metallarbeiterchaft gegen Köhler und die reformistischen DMB-Führer wird auch deshalb immer stärker, da ihnen die Absichten Köhlers gegenüber der oppositionellen Ortsverwaltung des DMB in Halle wohl bekannt sind. Köhler plant nämlich nichts weniger, als die führenden Genossen der Halleischen Organisation unter allen Umständen aus dem DMB hinauszumerren, weil sie im gegenwärtigen Metallarbeiterstreik trotz aller Schikanen der reformistischen DMB-Bezirksleitung ihre oppositionelle Auffassung gewahrt haben.

Die schändlichen Versuche der Reformisten, den mitteldeutschen Streik durch die Vorbereitung eines faulen Kompromisses mit den Unternehmern abzumürgen und durch verstärkte Kommunistenhege einen günstigen Aufnahmehoden bei der übrigen Arbeiterchaft für dieses Kompromiß zu schaffen, müssen fehlschlagen. Die oppositionellen Metallarbeiter Mitteldeutschlands müssen in unermüdlicher Aufklärungsarbeit die Pläne der Reformisten demaskieren und ihre Absichten zuhanden machen. Die übrige Arbeiterchaft Deutschlands muß durch Annahme von Sympathierevolutionen für die streikenden mitteldeutschen Metallarbeiter vom DMB verlangen, daß er mit allen Mitteln die mitteldeutsche Kampffront verstärkt und unbedingt für die Erfüllung der Forderung von 15 Pf. Lohnerhöhung den Kampf bis zu Ende führt.

Die Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus

80 Jahre Kommunisches Manifest und die Epigonen des Marxismus

„Die Kommunisten verheimlichen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewalttätigen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als die Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Mit dieser wuchtigen Fanfare schließt das Kommunische Manifest die klassischen Sätze des Kommunischen Manifestes und heute noch ein Sammelruf, wie vor 80 Jahren. Sie haben für den Befreiungskampf des modernen Proletariats in vollem Umfang die Bedeutung, die ihnen Marx und Engels gegeben haben. Allerdings, die reformistischen Epigonen des Marxismus, die Bulgarisier und Handlanger der bürgerlichen Ökonomie, zucken geringschuldig die Achseln über das Kommunische Manifest. Marx ist veraltet, so sagen sie. Das Kommunische Manifest ist nicht mehr, als ein literarisches Dokument der geschichtlichen Vergangenheit, ein interessantes Zeugnis aus den Anfängen der internationalen Arbeiterbewegung. Die kapitalistische Entwicklung sei nicht mehr in Einklang zu bringen mit den theoretischen Grundfahnen des Kommunischen Manifestes. Kautsky revidiert Marx. Er proklamiert die Koalitionspolitik als Übergangsepoche zwischen der bürgerlichen und proletarischen Gesellschaft. Er erhebt den gewalttätigen Umsturz durch die friedliche demokratische Entwicklung. Hilferding, der andere literarische Kopfschmerzer der Bourgeoisie, setzt die Theorie der Expropriation der Expropriateure die Wirtschaftsdemokratie gegenüber. In der politischen Praxis des Reformismus proklamieren die führenden Männer der 2. Internationale, die Wels, Scheidemann, Boncour, Vandervelde, MacDonald, die Vereinigung der Proletarier mit den herrschenden Klassen ihrer kapitalistischen Länder gegenüber der Grundforderung des Kommunischen Manifestes: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Im November/Dezember des Jahres 1847 legten Marx und Engels dem zweiten Kongreß des „Bundes der Kommunisten“ in London den Entwurf des Kommunischen Manifestes vor. Das Kommunische Manifest wurde auf diesem Kongreß angenommen. Seine Veröffentlichung erfolgte allerdings erst im Februar 1848. Die Fahne des modernen wissenschaftlichen Kommunismus war aufgezogen! So charakterisiert Mehring die Annahme des Kommunischen Manifestes. Und in seiner Geschichte der deutschen Sozialdemokratie weist er darauf hin, daß die Geschichte des Kommunischen Manifestes je länger je mehr die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie geworden sei. Was bis zum Weltkrieg diese Feststellung Mehrings richtig und schärfte die Sozialdemokratie auf den Wegen des wissenschaftlichen Sozialismus zur Größe der Vorherrschaft empor, so ist heute das Kommunische Manifest ein unenträgliches Gradmesser für die Verfallung der deutschen Sozialdemokratie in den kleinbürgerlichen Theorien Sombarts und Hilferdings und für ihren politischen Niedergang in die Gefilde des bürgerlichen Liberalismus.

Der Reformismus verheimlicht es jedoch nicht, sich mit der Terminologie des wissenschaftlichen Sozialismus zu umkleiden. Gegenüber der Arbeiterklasse erheben sie die sozialdemokratischen Führer für zweckmäßig, auch heute im Gewande des Kommunischen Manifestes einherzuwandern. Sie wissen, daß die Arbeiterklasse die Theorie des Marxismus als den unerschütterlichen Mutterboden ihres Befreiungskampfes erkannt hat und daß sie nicht gewillt ist, sich von diesem Mutterboden abdrängen zu lassen. So erleben wir denn in diesen Tagen das Schauspiel, daß die Sozialimperialisten, die Verfälscher des Marxismus, die Vorkämpfer bürgerlicher Theorien und bürgerlicher Politik, die Prätorianer des Großkapitals überall im Lande ihre Anhänger zur Feier des 80jährigen Bestehens des Kommunischen Manifestes aufrufen.

Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zum Kommunischen Manifest ist in ähnlicher Weise gekennzeichnet durch den Ruf des sozialdemokratischen Weltberühmten: „Der Reformismus ist ein alter Manuskript!“ Wenn heute also die reformistischen Führer zur „Feier“ des 80jährigen Bestehens des Kommunischen Manifestes aufrufen, dann sollte jeder Arbeiter erkennen, daß es sich nicht darum handelt, die theoretischen und politischen Grundfahnen des Kommunischen Manifestes in der gegenwärtigen Epoche im Klassenkampf anzuwenden. Vielmehr handelt es sich für die reformistischen Führer darum, ihre sozialimperialistische Politik mit sozialdemokratischer Propaganda zu verkleiden, um die Arbeiterklasse zu täuschen.

Die Arbeiter können diese Feststellung an der Haltung der Sozialdemokratie gegenüber allen Fragen der praktischen Tagespolitik nachprüfen. Die Kriegskreditbewilligung im August 1914 war der erste große historische Schlag gegen das Kommunische Manifest. Einmal vom geraden Wege des wissenschaftlichen Sozialismus abgewichen, gaben die reformistischen Führer einen Aufbruch ihrer Verfassungskraft zu gewährleisten. Gerade hierfür werden in den Regierungsparteien zur Zeit Finanzpolitiken eifrig erörtert. Man spricht von der Ausweitung der Zolleinnahmen oder einer begrenzten Umsatzsteuererhöhung zu diesem Zweck.

Als Recht begrüßt die Deutschnationale Berliner Börsenzeitung diese Stellungnahme als Unterstützung für die Wahlverschiebungspolitik und sagt erläuternd: „Der Hinweis auf die in den letzten Jahren geäußerten Wünsche (bezüglich der Kleinrentner, Werkpensienäre, Pensionsbesitzer) läßt als die Bedingung der vom „Deutschen“ vertretenen Gewerkschaftskreise für weitere Unterstützung der Koalition gedeutet werden.“

Die radikalen Schwindler Zimbardo, Siegerwald usw. schlagen also dem Bürgerblock vor, um Scheinzuversprechungen an wertvolle Schichten seine weitere Existenz zu verlängern, das ist ihre Antwort auf die Rebellion der Zentrumsarbeiter, das ist ihre Entscheidung, die nur der Angst vor Neuwahlen unter dem Zeichen der Linksbewegung entspringt.

Nach dieser Stellungnahme ist es noch wahrscheinlicher als bisher, daß die Hindenburg-Clique ihren Willen durchsetzt, die Streikmann-Gruppe wird dann mit Parteivorständen im Rückhandel abgefunden werden. Späterer Wahltermin - wenn auch diese Entscheidung nicht die einzig mögliche ist, es kann immerhin zu einem Auseinandergehen der Bürgerblockkoalition noch kommen - bedeutet jedenfalls Schaffung einer Atempause für die Bürgerblockleute, die sie schließlich dazu ausnutzen werden, um mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln für ihre Ziele zu wirken und auf diese Weise die Linksbewegung zu korrigieren, möglichst die revolutionäre Partei zu disziplinieren in der gewonnenen Zeit auf.

Die Arbeiterklasse darf sich jedenfalls auf eine Verhinderung der großen Offensive gefaßt machen. Das muß umgekehrt alle Kräfte des Proletariats dazu anspornen, mit allen Mitteln den Kampf um den Sturz des Bürgerblocks und auch um die Verhinderung der Lebensfrist dieses Reichstages, von heute zu verparten.

Grundfahnen des Marxismus nach dem andern Preis. Von der Kreditbewilligung über die Koalitionspolitik zur Großen Koalition, zur Verabschiedung der Ermächtigungsgesetze und Durchführung der Reichsmehr-Exekutive gegen Sachsen und Thüringen bis zur aktiven Teilnahme an den Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion durch die Völkerverbundspolitik führt eine gerade Linie. Wenn die sozialdemokratischen Arbeiter ihre Führer über das Kommunische Manifest reden hören, dann müssen sie die Frage aufwerfen, wie sich denn die Politik der deutschen Sozialdemokratie mit den Grundfahnen des Kommunischen Manifestes vereinbaren läßt. Die wahre Antwort werden ihnen die Führer schuldig bleiben müssen.

Die politischen Erben des Vermächtnisses von Marx und Engels sind nicht die Sozialdemokraten, sondern die Kommunisten. Nicht zufällig haben Marx und Engels ihr Manifest als kommunistisches Manifest bezeichnet. An Stelle des Salonsozialismus, über den Marx weidlich spottet, sind heute die Kapitalgesellschaften getreten. Engels hat in einer seiner letzten Veröffentlichungen, in der Vorrede zu „Internationales aus dem Volkskamm (1871-1875)“, geschrieben im Januar 1894, das Wort „Sozialdemokrat“ auf seine wirkliche Bedeutung zurückgeführt. Warum sich heute die Erben des Kommunischen Manifestes Kommunisten und nicht Sozialdemokraten nennen, darüber gibt Engels in dieser Veröffentlichung Auskunft:

„Man wird bemerken, daß in allen diesen Fassungen ich mich durchweg nicht einen Sozialdemokraten nenne, sondern einen Kommunisten. Dies, weil damals in verschiedenen Ländern heute sich Sozialdemokraten nannten, die keineswegs die Übernahme sämtlicher Produktionsmittel durch die Gesellschaft auf ihre Fahne geschrieben hatten. In Deutschland nannten sich die Lassallianer Sozialdemokraten; aber, obwohl die Masse derselben mehr und mehr die Notwendigkeit der Verstaatlichung der Produktionsmittel erkannte, blieben sie spezifisch Lassallianer Produktionsgenossenschaften. In Staatshilfe doch der einseitig anerkannte Programm. Für Marx und mich war es daher rein unmöglich, zur Vereini-

nung unseres speziellen Standpunktes einen Ausdruck von solcher Dehnbarkeit zu wählen.“

Lenin ist der unmittelbar große Nachfolger von Marx. Er hat die marxistische Wissenschaft erstmalig in der revolutionären Tat angewendet. Im Kampfe gegen den Reformismus und Opportunismus führte Lenin die marxistische Theorie als seine schärfste Waffe. Lenin war es, der die 3. Internationale die „Kommunistische Internationale“ nannte. Die große Oktober-Revolution ist es, vor der die herrschenden Klassen aller Länder zittern.

„Ein Gespenst geht um in Europa - das Gespenst des Kommunismus. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Liga gegen dieses Gespenst verbündet.“

Diese klassische Einleitung des Kommunischen Manifestes gilt heute mehr denn je. In das Gespenst des Kommunismus geht in Europa um. Nicht mehr Geheimbünde, Flugchriften und Zeitungen, Organisationen und Streiks allein sind es, vor denen die Bourgeoisie als dem Gespenst des Kommunismus erschrickt. Die arbeitende Klasse hat den ersten Arbeiter- und Bauernrat errichtet. Die Sowjetunion ist die Verwirklichung des Kommunischen Manifestes. Alle Arbeiter, die sich heute zum Kommunischen Manifest bekennen, müssen sich zur Sowjetunion bekennen. Kampf für die Grundfahnen des Kommunischen Manifestes bedeutet Kampf gegen den Sozialimperialismus, Kampf gegen die Völkerverbundpolitik und gegen die Arbeitgemeinschaftspolitik der Amsterdamer Internationale. Das Kommunische Manifest proklamiert die Unverzichtbarkeit der Klasse gegen die, den unerschütterlichen Kampf gegen den Kapitalismus bis zur Expropriation und gewalttätigen Sturz des bürgerlichen Staats. Wer sich zu Marx und dem Kommunischen Manifest bekennen, für den ist kein Platz in der Partei der Koalitionspolitik und Wirtschaftsdemokratie, des Antifaschismus und Burgfriedens. Schärfster Kampf dem Reformismus ist die Lösung. Deshalb gehört jeder Klassenbewußte Arbeiter, jeder Ausgebeutete und Unterdrückte in die kommunistische Partei, der einzigen wahren Erbin des Kommunischen Manifestes.

Klare Klassenfront in Frankreich

In Paris hat am Sonntag eine außerordentliche Parteikonferenz der kommunistischen Partei Frankreichs stattgefunden. Sie beschäftigte sich in erster Linie mit den organisatorischen Fragen der Partei. Als besonderer Tagesordnungspunkt stand auch die Frage der Wahlpolitik unserer Partei. Das Zentralkomitee der Partei hatte nach Beratungen mit der kommunistischen Internationale bereits dazu Stellung genommen. Die Lösung der Partei ist „Klasse gegen Klasse“. Unsere Partei beschloß einstimmig, bei den Kommunalwahlen am 28. April vollständig selbständig aufzutreten, alle Energie für eine gründliche Propaganda der revolutionären Ziele während dieses wichtigen Wahlkampfes durchzuführen. Eine besondere Bedeutung für den französischen Wahlkampf wird es haben, daß die klare Haltung der KPD der französischen Sozialdemokratie, ihr schwankendes und schwindelhaftes Auftreten gegenüber der radikalen Partei unter der Führung Herriots vor den Arbeitermassen umgänglich machen wird. Die Partei beschloß im zweiten Wahlgang, nur dann für sozialistische Kandidaten zu stimmen, wenn diese für ein proletarisches Minimalprogramm eintraten, welches sich verpflichtete. Bisher hatte die KPD in den Wahlen eine andere Taktik.

Auf Grund der in Frankreich gegebenen besonderen Lage, der starken linksrepublikanischen und radikalen Traditionen des französischen Kleinbürgertums war unsere Partei bisher gezwungen, bei Wahlentscheidungen, wenn es sich um Stichwahlen zwischen linksrepublikanischen und sozialistischen Kandidaten handelte, diesen linksrepublikanischen Kandidaten ihre Stimmen zu geben. Umgekehrt war es in Frankreich Tradition, daß die linksrepublikanischen - Radikale und Sozialisten - in Stichwahlen für den Kommunismus stimmten, wenn dieser beim ersten Wahlgang unter allen linksrepublikanischen die meisten Stimmen erhalten hatte. So erhielt beispielsweise unsere Partei bei den Nachwahlen für die Kammer im 2. Pariser Wahlbezirk gegenüber dem sozialistischen Kandidaten, der gleichzeitig der Sammelkandidat der ganzen bürgerlichen Reaktion war, die Mehrheit.

Die Aenderung der Taktik wurde möglich und notwendig, da die Zuspaltung der Klassenverhältnisse in Frankreich die alte, den revolutionären Traditionen entspringende radikale Haltung des Kleinbürgertums und seiner Parteien unmöglich gemacht hat. Die Hauptpartei des Kleinbürgertums, die Herriot-Radikale, die führende Partei des französischen Linksblocks, der als Sieger aus der Kommunalwahl vom Mai 1924 hervorgegangen war, hat in den vergangenen 4 Jahren in ihrer Führung eine vollständige Schwengung zur Politik der Großbourgeoisie vollzogen. Der Linksblock, der 1924 gefestigt hatte, der Block der Sozialisten und der Radikalen, hat das Vertrauen, das die Massen in ihn gesetzt hatten, bitter enttäuscht. In den ersten beiden Jahren seiner Herrschaft war er

der Hauptverantwortliche für den blutigen Marokkokrieg, für die Sienabenteuer, für die Unterdrückungspolitik gegen die Elsaß-Lothringische Autonomiebewegung, für die brutale Unterdrückungspolitik endlich gegen die französische Arbeiterklasse. Nach dem Jahre 1926 ging Herriot, der durch seine Politik das Vertrauen der Arbeiter und Kleinbürgermassen verloren hatte, vollständig zur Großbourgeoisie, zu Poincaré über. Trotz der Linksblockmehrheit in der Kammer gingen die Radikalen geschlossen eine Koalition mit dem linken Flügel des Nationalblocks ein, der etwa dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei und des Zentrums in Deutschland entspricht. Die Konzentrationregierung Herriot-Poincaré legte die Grundlage für die Frankentabillierung auf Kosten der werktätigen Massen, sie begann die Nationalisierung auf der Grundlage des Programms der Großindustrie, sie legte die imperialistische Politik vor sich fort, der linke Poincaré und der Sozialist Paul Boncour schufen gemeinsam das neue französische Wehrgesetz, das die ganze französische Nation militarisiert, der Sozialist Paul Boncour als Vertreter der Poincaré-Regierung in Genf war der Führer der sozialtrautandfeindlichen Politik, die Radikale und Poincaré gemeinsam sind die Verantwortlichen für die imperialistische französische Chinapolitik, Paul Boncour endlich ist der Führer der französischen Chauvinisten gegen die Forderung der Rheinlandräumung usw.

Diese Schwengung des Kleinbürgertums, streng genommen seiner Führung, nach rechts, die sich historisch als unvermeidlich erwies, da mit der Entwicklung Frankreichs zum modernen imperialistischen Industriestaat die alte ökonomische Position des Kleinbürgertums vollkommen vernichtet wird, machten die Sozialisten zum Teil offen, zum Teil verdeckt, mit. Insbesondere sind die Sozialisten mit verantwortlich für die gewaltige Verfolgungskampagne, die unter der Führung des Herriot, Sarraut, Poincaré-Ministerium gegen Arbeiter und Bauern Frankreichs eingeleitet wurde, die sich gegen die Verhärterung des imperialistischen Kurzes zum Teil in Soldatenmehren, in Referendumsstreiks usw. erhoben. Sie unterstützen die Regierung endlich, wenn auch nicht offen, in ihrem Feldzug gegen die kommunistische Partei Frankreichs.

In dieser Situation, wo der Linksblock, der die große Lösung der französischen Sozialdemokratie war, sich schon vor breiten Massen entlarvt hat, muß die französische kommunistische Partei das Kraftzentrum zur Überwindung der letzten Mutationen der radikalen Traditionen in ehrlich radikal eingestellten französischen Arbeiter- und Kleinbürgerkreisen werden. Die alte Trennung zwischen Linken und Rechten in Frankreich aufrechtzuerhalten und die „Linken“, wenn auch nur um sich nicht zu isolieren, zu ihrer Entloerung zu unterstützen, das würde heute schon bedeuten, hinter der Klassenmäßigen Entwicklung herzulauern. Deshalb haben die französischen Parteiorganisationen der KPD in einer gründlichen Diskussion, die im Laufe des Jahres stattfand, die neue Taktik im Einverständnis mit der kommunistischen Internationale und von ihr gestützt gegen rechte Schwankungen in der Partei beschlossen.

Die deutsche Sozialdemokratie versucht den deutschen Arbeitern diese Taktiken zu verheimlichen. Die Dresdener Volkszeitung brachte am Dienstag ein Pariser Telegramm ihres Beizierstatters unter der ebenfalls gefälligen wie hüben Ueberschrift: „Politischer Wahnwitz der Kommunisten“, wonach der kommunistische Parteitag (es handelt sich lediglich um eine Vorkonferenz) beschlossen habe, im zweiten Wahlgang die sozialistischen Kandidaten auch dann aufrechtzuerhalten, wenn ein Sozialist gegen einen Radikalen in die Stichwahl käme. Nur in einzelnen Fällen soll die Parteizentrale das Recht haben, Ausnahmen zu gestatten. Die Volkszeitung verleiht diese Lösung mit einem dummen Kommentar und verliert die Sache so darzustellen, als ob die Kommunisten sich dadurch zu Helfern der Reaktion machen würden.

Wie haben festgestellt, daß der Beschluß, so wie die Dr. Volkss, berichtet, gar nicht besteht. Die Aufrechterhaltung eines kommunistischen Kandidaten erfolgt nur dann, wenn der sozialdemokratische es ablehnt, auch nur für ein Minimalprogramm der Arbeiter einzutreten und wenn er offen für die Fortführung der Unterdrückungspolitik der Herriot-Poincaré-Bande eintritt. Zahlreiche sozialistische Organisationen Frankreichs haben unter dem Druck der Arbeiter schon jetzt beschlossen, mit den Kommunisten gemeinsam vorzugehen. Allerdings befragt nahezu die ganze Führung der Sozialdemokratischen Partei Frankreichs das Gewäch der bürgerlichen Reaktion. Sie sind entschlossen, durch die und dünn auch bei der Wahl mit den sogenannten „Linken“ zu gehen die sich in den letzten Jahren vor aller Welt als die besten Helfer des französischen Imperialismus reinen Wassers und der französischen Großbourgeoisie erwiesen haben. Die deutschen Arbeiter werden aus dem Wahlsimpel der Sozialimperialisten hier zu Lande nur entnehmen, daß unsere französischen Genossen auf dem richtigen Wege sind, wenn sie gegenüber Imperialistenfakeln wie Paul Boncour, Renaudel, Blum und wie sie alle heißen, den sozialdemokratischen Arbeitern die klare Einheitsfront „Klasse gegen Klasse“ als Richtlinie der Wahlpropaganda vorschlagen.

Bürgerblockwahlhandel über den Wahltermin

Die Auseinandersetzung der Bürgerblockparteien über den Wahltermin ist in ein neues Stadium getreten. Geängstigt durch die weiteren Fortschritte der Linksentwicklung verließ sich die Haltung des Streikmann-Flügels der Deutschen Volkspartei für Neuwahlen in kurzer Zeit. Beigetragen dazu hat der Erfolg der außenpolitischen Debatte für Streikmann, der im Verlauf der außenpolitischen Debatte der Sozialdemokratischen der vollständigen Kapitulation der Sozialdemokratischen vor der imperialistischen Außenpolitik des Locarnoheides zu verdanken ist. Die Volkspartei macht deshalb jetzt größere Widerstände in der Schulfrage, und sie drängt auf baldige Neuwahlen.

Das heißt noch nicht, daß sie entschlossen ist, diese Neuwahlen um jeden Preis jetzt durchzuführen. Das heißt nur, daß die ihre Zustimmung zur Verchiebung des Wahltermins sich jetzt teurer ablaufen lassen wird.

Für diese Verchiebung tritt weiter ihr rechter Flügel, tritt die Deutschnationale Partei, die am meisten durch sofortige Neuwahlen verlieren würde, tritt auch ein großer Teil des Zentrums ein, der um jeden Preis keine Parteiforderungen, Schulgesetz usw., vor dem Ende der Koalition unter Dach haben will. Eine wichtige Unterstützung erhält dieser Block für Wahlverchiebung, der seine stärkste Stütze in der Hindenburg-Clique hat, durch die neueste Stellungnahme des gewerkschaftlichen Flügels des Zentrums. Im „Deutschen“ erschien am Dienstag, 7. eine offizielle Stellungnahme der Siegerwald-Zimbardo-Gruppe, in der gesagt wird, daß Streikmann „jemlich isoliert steht“, man habe im Lager der gegenwärtigen Koalition die Wahlen in einem Zeitraum nicht für angebracht, der wahrscheinlich von starken Arbeitsschwächen durchsetzt sein wird. Statt um starken Arbeitsschwächen durchsetzt sein wird, und Schugleich mühen sich „unter Dach“ gebracht werden, ehe der Wahltermin losbricht. Das entspricht auch dem Wunsch des Reichspräsidenten. Vor allem wird man noch zumachen müssen, was gelegentlich der Beamtenbefreiungsreform veriaamt wurde. Man wird in erster Linie Mittel erschließen müssen, den Klein- und Sozialrentnern und den Werkpensienären die unbedingte

Die Versorgungsbehörden sollen durch Rationalisierung vernichtet werden

Der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit wird uns geschrieben:

Am Anschließ an die Beratungen über die 5. Novelle wurde dem Reichstag eine Entschließung der Regierungsparteien eingebracht, nach welcher die Reichsregierung ersucht wird, baldmöglichst einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, der eine Befreiung der im Reich entbehrlichen Behörden und eine entsprechende Zusammenlegung von Behörden mit bisher getrennter Zuständigkeit und mit bisher verschiedenen Verwaltungsbezirken vorsieht. In erster Linie sind die kleineren Finanzämter, Postdirektionen, Haupt- und Versorgungsämter aufzugeben.

Eine Vereinfachung des Versorgungsweises mit der Reichsfinanzverwaltung ist anzustreben.

Der letzte Satz der Forderung zeigt den offensichtlichsten Mangel dieser Leute, die zur letzten Reichstagswahl 1923 den Kriegssopfern alles versprochen, tagtäglich das Wort vom „Dank des Vaterlandes“ im Munde führten und die Forderung zum neuen Reichstage aufstellten, daß die Versorgungsgebühren um 100 Prozent erhöht werden müßten. Die eingebrachte Entschließung ist zwar im Reichstag mit einigen Stimmen Mehrheit abgelehnt worden, aber dennoch werden die Antragsteller immer wieder versuchen, den Abbau der Versorgung zu erreichen. Die Entschließung besagt, die Versorgungsbehörden, die zum großen Teil soziale Aufgaben zu erfüllen haben, unter die fiskalische Aufsicht des Reichsfinanzministers zu bringen. Warum dieses? Die Versorgung soll erdrostet und mit bestimmten Hemmnissen versehen werden. Ein weiterer Abbau wird die Folgeerscheinung sein. Den Versorgungsbehörden soll der fürsorgerische Charakter genommen und sie der fiskalischen Willkür des Finanzministers ausgesetzt werden. Wer ist nun der Vater dieses Antrages? Niemand anders als der berühmte Spartkommissar! Der Präsident des Rechnungshofes hat wiederholt zu erkennen gegeben, daß in erster Linie bei den Versorgungsbehörden gespart werden müßte, also bei den Institutionen, die die wirtschaftlich Schwächsten in erster Linie betreffen. Vielleicht kann man auch der Anweisung zuneigen, daß das Personal der Versorgungsbehörden, welches eine notwendige soziale Einstellung in seiner Tätigkeit besitzen muß, durch finanztechnische Beamte des Finanzministeriums ersetzt werden soll.

Wenn man weiter betrachtet, daß die Antragsteller genau wissen, daß die Versorgungsstellen zum größten Teil sozialpolitische Aufgaben zu erfüllen haben, muß man den Zentralverband Deutscher Kriegsbeschädigter, Offiziersbund und Rasthäuserbund, die bekanntlich mit den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei eng liiert sind, fragen, wie sie sich zu diesem Verrat stellen; oder was sagen die katholischen Arbeiter, die Mitglieder des Caritasverbandes, zu der Einstellung des Zentrum, das ganz besonders diese Entschließung vertritt?

Wie liegen nun die Dinge? Die Versorgungsstellen sollen ihre Aufgabe vom sozialen Standpunkt und frei von jeder fiskalischen Einstellung und Einwirkung erledigen. Das Reichsversorgungsamt muß auf rein fürsorgerischer Grundlage. Die Anträge der Versorgungsberechtigten müssen daher auf gesundheitsliche, wirtschaftliche und soziale Verhältnisse geprüft werden. Das bedingt, daß die Beamten eine bestimmte soziale Schulung und Einstellung besitzen müssen, die weitere Tätigkeit der Versorgungsstellen dagegen, die Berechnung der Renten, etwas rein Rechenmathematisches, Schematisches darstellt.

Das Finanzministerium wird nach Übernahme der Versorgungsstellen bestrebt sein, die weitere Ausgestaltung oder Erhaltung der sozialen Gesichtspunkte zu verhindern. Es wird bestrebt sein, alle Fragen, die mit der Versorgung im Zusammenhang stehen, vom rein fiskalischen Gesichtswinkel zu betrachten und dementsprechend die Dinge zu erledigen. In den zukünftigen Sitzungen wird die Einsparung und der Abbau der sozialen Renten im Haushaltplan eine sehr große Rolle spielen. Wir brauchen nur rückwärts die Ausführungen der einzelnen Finanzminister in puncto Ruhegehälter und Renten nachzulesen.

Ganz besonders wird sich die Tätigkeit der Versorgungsstellen in der Frage der Entscheidung über Versorgung in Härtefällen auswirken. Das Reichsarbeitsministerium lehnt heute schon fast alle Anträge auf Härteausgleich ab, das Finanzministerium aber wird derartige Anträge rundweg ab acta legen.

Durch die geplante Umstellung wird auch eine bestimmte Reorganisation der Versorgungsbeamten eintreten. Die fortwährenden Änderungen der Versorgungsregelungen bedeuten schon für die Beamten eine starke Belastung und die Unsicherheit in Erledigung ihrer Tätigkeit wird verschiedene Beamte, die tatsächlich in sozialer Einstellung die Versorgungsanträge bearbeiten, veranlassen, an einen anderen Arbeitsplatz überzugehen. Das Finanzministerium als Reichsbehörde wird für diese Tätigkeit der Versorgungsbeamten sehr wenig Verständnis besitzen.

Der Kampf der Unternehmer wird dazu führen, daß das Personal des Finanzministeriums verringert werden muß, um sie aller Wahrscheinlichkeit nach den Versorgungsstellen zu überweisen. Diese Funktionen als Spartkommissare in miniature werden die Tätigkeit in den Versorgungsstellen den Wünschen des Finanzministers anpassen. Mit dem Moment, wo die Übernahme der Versorgungsstellen zum Finanzministerium eintritt, wird der Präsident des Rechnungshofes als Spartkommissar sich als ein wahrer Diktator aufspielen können und die bisher erstrebte direkte Beeinflussung der Versorgungsstellen erreichen. Bisher wurden von dieser Seite aus schon öfters derartige Versuche unternommen, hatten wir doch schon mehrmals zu verzeichnen, daß der Rechnungshof über den Rahmen seiner Tätigkeit hinaus sich gegenüber den Versorgungsstellen Dinge erlaubt hat, die zurückgewiesen werden mußten. Was bedeutet die Entschließung des Bürgerblocks? Nicht mehr und nicht weniger, als faktisch den Aufgabentritt des Reichsarbeitsministeriums zu verringern, um zu erreichen, daß dieses eines Tages ganz verschwindet. Es ist deshalb Pflicht der klassenbewußten Kriegssopfer, hier die Augen offen zu halten und die Absichten über die große Gefahr der weiteren Entrechtung, die uns droht, aufmerksam zu machen. Vor allen Dingen müssen die proletarischen Kriegssopfer und Arbeiter in den christlichen und bürgerlich eingestellten Organisationen aufgeklärt und den proletarischen Organisationen, also auch unserer Organisation, angeführt werden.

Generalversammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten

Vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten wird uns geschrieben: Die Ortsgruppe Dresden des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserwerbslosen, Geschäftsstelle Am Tschirnberg 3, hielt am 31. Januar ihre Generalversammlung ab. Die Berichte des Geschäftsführers sowie des 1. Vorsitzenden ließen erkennen, daß in dem verflochtenen Jahre äußerst fruchtbringende Arbeit für die Kriegssopfer in sozialpolitischer und versorgungsrechtlicher Beziehung geleistet worden ist. Eins der wichtigsten Gebiete ist das des Versorgungsgerichtswesens, das die Zukunft ist, von der viele Kriegssopfer die Entscheidung in ihrem Kampfe um geltend gemachte Rechte erwarten. Zurzeit zählt die Ortsgruppe 4600 Mitglieder, zu denen noch etwa 8500 Familienangehörige (Halb- und Vollwaisen usw.) kommen, so daß die Interessen von weit über 13 000 unmittelbaren und mittelbaren Kriegssopfern zu vertreten sind. Im vergangenen Geschäftsjahr 1927 wurden nicht weniger als 482 Verfügungen neu eingeleitet. Von diesen wurden erfolgreich abgeschlossen 155, wovon weiterer Beweiserhebung erfolgte in 51 Fällen. Veranlassung der Ablehnung verfielen 78, währenddem wegen völliger Aussichtslosigkeit 67 zurückgegeben wurden und in 9 Fällen wurde die Vertretung niedergelegt. In 8 Fällen erfolgte Zurückverweisung an die Verwaltungsbehörden. Am Schluß des Geschäftsjahres schweben nicht weniger als 310 Verfügungen einschließlich der Befehle von früheren Jahren.

Ein nicht minder wichtiges Gebiet ist die Rechtsberatung und Rechtsauskunft für die Mitgliedschaft in allen Fragen des Versorgungs-, Arbeits-, Steuerrechts usw. Einige Tausend von Zuständigkeiten haben während der verflochtenen 12 Monate Rat und Auskunft gesucht und gefunden. Die Verbindung mit dem Ortsamt für Kriegserwerbslose sowie mit den Versorgungsbehörden wurde stets aufrechterhalten. Manche der bedürftigen Klagen und Verlangen nach Gewährung von Versorgung und Fürsorge, oder auf Erweiterung der dem einzelnen Kriegssopfer zustehenden Fürsorge wurden durch persönliche und schriftliche Verhandlungen abgeholfen bzw. haltgegeben. So war es dem Vorhaben der Organisation zu verdanken, daß das Stadinerordnetenkollegium für Wohnnachrichten 1927 den Betrag von 20 000 Mark zur Unterhaltung ganz besonders bedürftiger Kriegssopfer bewilligte. Auch wurde erreicht, daß in bestimmten Fällen Arbeitsbeschäftigung für schwerbeschädigte beim Ortsamt für Kriegserwerbslose zur Ausgabe gelangten. Von der gewaltigen Fülle der in der Organisation vorliegenden Arbeiten mag am besten der briefliche Verkehr.

In Folgeleistungen sind im Geschäftsjahr weit mehr als 4000 und an Ausgängen weit über 5000 zu verzeichnen, dabei sind ungerichtet die Schriftstücke, die sich aus schwebenden Befragungsverfahren ergaben und durch Boten persönlich überbracht wurden. Ein Antrag, wonach für erwerbsfähige Arbeitslose Wohnheim, sogenannte Junggesellenheime nach Münchner Muster, gefordert werden, wurde dem Vorstand zur entsprechenden weiteren Bearbeitung übergeben.

Die Generalversammlung nimmt mit Entzückung davon Kenntnis, daß der Rat zu Dresden seiner gesetzlichen Einsetzungspflicht auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Schwerbeschädigten bei weitem nicht nachgekommen ist. Bei 17 900 Reichsbildeten sind nur 270 Schwerbeschädigte beschäftigt. Das gesetzliche Soll beträgt aber 358. Mühen hat der Rat 88 zu wenig Schwerbeschädigte eingestellt. Vom Rat zu Dresden muß verlangt werden, daß er als beschädigtes Organ anderen Arbeitgebern kein schlechtes Beispiel gibt. Auch die in § 2 des Gesetzes zum Schutze Schwerbeschädigter erwähnten Einstellungshemmnisse für schwerbeschädigte Beamte müssen ihre Berücksichtigung finden. Bei sozialer Auslegung und Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen dürfte mit Berücksichtigung der gesetzlichen Aufzählung nachgekommen werden können.

Es darf erwartet werden, daß die Hauptfürsorgestelle mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln sich als geschicktes Überwachungsorgan beim Rat zu Dresden durchsetzt. Auch auf dem Gebiete der Erziehung ist die Organisation nicht untätig geblieben. In der Mitte des Jahres 1927 hat die Ortsgruppe eine Schwerbeschädigten-Erziehung in Dresden-Gohlis in Angriff genommen. Vorwiegend werden in ihr langgestraute Kameraden Unterkunft finden. So weit es die Mittel erlauben, werden alle sanitären und häuslichen Fortschritte berücksichtigt, so daß zu erwarten steht, daß diese vorbildliche Erziehung auch der Stadt Dresden zur Ehre gereichen wird.

Heute Stadinerordnetenversammlung. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Punkte: Einführung des Schulfesttags in den Häusern, Krankenhäusern, Kampf gegen Forderung der Weitergabebestimmungen gegen die Preisfreiheit der Jagelbesitzer, Erleichterung der Impfungsvorschriften. Die Sitzung beginnt 19 Uhr.

Rückkehr Dresdner Kinder. Die zur Erholung untergebrachten Dresdner Kinder kehren zurück aus Langgates am 11. Febr., 23.50 Uhr, aus Wiedersdorf am 13. Februar, 19.07 Uhr. Die Angehörigen werden eruchi, die Kinder zu den genannten Zeiten auf dem Dresdner Hauptbahnhof abzuholen.

Verkehrsunfall. Auf dem Birnauischen Platz verunglückte ein Student der hiesigen Hochschule, der von einem fahrenden Straßenbahnwagen abgestoßen war. Er erlitt dabei unter den Kniegelenken und wurde mit schweren Verletzungen dem Krankenhaus zugeführt.

Was geht in unseren Volksschulen vor?

In den Parlamenten „tobt“ der „Kampf“ um das Reichsschulgesetz und Konföderat; die SPD hilft durch ihre Passivität treu dem wankenden Zentrumstum. Die päpstlichen Zellen in unseren Schulen entwickeln eine aktive Tätigkeit. Sie fühlen sich heute schon so sicher, daß sie nicht bloß beim Religionsunterricht haltmachen, sondern sogar in den Lebenskundeunterricht vorstoßen. Ihre Tätigkeit dort ist ganz offen. Es ist ungläublich, mit welcher Sicherheit da vorgegangen wird. Es zeigt aber auch deutlich den Charakter mancher unterrichtenden Lehrkräfte, desgleichen die Stellung der Lehrerschaft gegen die geistliche Schulaufsicht. Wenn heute im Lebenskundeunterricht von Gott gesprochen wird, so begründen einzelne Lehrer es damit, daß hierfür Vorschriften, daß dies verboten sei, nicht bestehen. Ja, sogar „Nun danket alle Gott“ müssen die Kinder lernen. So wird den Kindern der Glaube an das höhere Wesen eingepfropft. Zu gleicher Zeit macht man aber auch unter dem Deckmantel der christlichen Nächstenliebe Kommunistentheorie. Zur Aufbesserung der finanziellen Verhältnisse gibt das Schulamt Genehmigung an irgendein von den Volksschulkindern betriebenes Fabrikbesitzerhändchen zu Vorträgen, der nun in den Schulen den Kindern das bündigste Zeug vorlegt. Seine Heimat ist Riga; er erzählt, daß u. a. der Herr Fabrikbesitzer von den bösen Volksschulkindern, die bei der Revolution aus Höfen und Kellerlöchern hervorgezogen gekommen sind, erschossen worden ist, desgleichen, daß Mutter erschlagen wurde, und andere Schauermärchen mehr. Während die Schule bei irgendwelchen Elternversammlungen politische Reden unterbindet, findet man hier einen Tummelplatz sozialistischer Elemente. Der Weg wurde geebnet durch das Verbot der Teilnahme am Jung-Spartakus-Bund. Es muß dafür gesorgt werden, daß christl. Lehrer, d. h. i. r. l. i. c. h. e Anhänger diesen Unterricht nicht erteilen dürfen. Nachdem sich der Vater eines Schülers von der Wahrheit der Angabe des Kindes durch Rückfrage mit dem betreffenden Lehrer überzeugt hatte, bemerkte der betreffende Lehrer (Germermann, 25. Volksschule, Kl. 4 a, 4 b, 4 ha), daß er auch die Vorsehung Gottes vielmals im Felde eigens erlebt hätte. Er zeigte dabei auf seinen zerfetzten Arm. Nachdem nun der Vater dem Lehrer die Bedeutung und Pflichten eines Pädagogen klargemacht hatte, ist vorläufig das Lernen von Kirchenliedern eingestellt worden. Jeden-

Die Wahrheit in Wort und Bild

Im Bezirk Ostschlesien finden folgende Lichtbildervorträge statt, die der gesamten Arbeiterschaft dringend empfohlen werden, um sich selbst davon zu überzeugen, ob es mit Sowjetrußland abwärts geht: Köhnenau: Freitag den 10. Februar, 20 Uhr. Hähnchenbroda: Sonnabend den 11. Februar, Gold, Anker, 20 Uhr.

In allen Versammlungen spricht der Oberregierungsrat Dr. Hugo Jakob, Weimar, der mehrmals Sowjetrußland bereist hat. Die Lichtbilder sind Reproduktionen der letzten Delegation, an welcher er selbst teilgenommen hat.

Der Fünfmarschein

Von Alfred Leibig

Den Luxus, mit der Straßenbahn zum Arbeitsplatz zu fahren, konnte er sich als Erwerbsloser nur leisten, wenn er an der Haltestelle durch irgendwelche Umstände in den Teil eines halbabgefahrenen Fahrscheinens kam. Er wartete hier eine halbe Stunde, anstatt zu Fuß zu laufen, weil er dadurch sein soziales nicht intaktes Schuhzeug schonte. Daß die Straßenbahnaktionäre mit seiner Handlungsweise nicht einverstanden waren, braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

Ihm sah heute in der Straßenbahn ein etwa zehnjähriges, dürftig gekleidetes Mädchen gegenüber, das in der einen Hand eine große abgegriffene Wolltasche, in der anderen ziemlich leere einen Fünfmarschein hielt.

Er konstatierte das anfangs, ohne sich dabei irgend etwas zu denken. Ihn beschäftigte übermäßig stark, aber doch verständlicherweise das Problem, wie er mit seiner Familie die nächsten zwei Tage bis zur Zahlung der Erwerbslosenunterstützung durchkommen sollte. Er sah keinen Ausweg, keine Möglichkeit, Geld zu beschaffen, so sehr er sich auch das Gehirn gemarterte.

Sein Blick fiel wieder auf das kleine Mädchen und den Fünfmarschein, den es in der Hand hielt. Fünf Mark! Was war das für eine schwindelerregende Summe — trotzdem konnte sie ihm über den Berg helfen. Er rechnete bereits: zwei Protz, ein Pfund Margarine, zehn Pfund Kartoffeln, ein halbes Pfund Suppenfleisch, ein Pfund Salz, ein halbes Pfund Gerstentzeller.

Er mußte unwillkürlich lächeln. Keinen Pfennig hatte er in der Tasche und dabei machte er bereits Einkäufe wie ein kleiner Krösus. Zugleich fiel sein Blick wieder auf den Fünfmarschein, den das Kind ahnungslos in der Hand hielt.

Ein etelhafter Gedanke durchfuhr ihn. Wenn er den Geldschein an sich brachte, geschickt, ohne daß jemand davon merkte — was war dann? Er hatte zwar keinerlei Erfahrungen auf diesem Gebiete, aber in der Not soll ja bekanntlich der Teufel züchten lassen!

Wieder fiel sein Blick auf das Mädchen, das sorglos aus dem Fenster blickte. Eine Tracht Prügel bekam es sicher, wenn es ohne Geld und Ware nach Hause kam. Er hatte in keiner Jugend manche Abreibung erhalten und war davon nicht zu Grunde gegangen. Aber war denn das der ausschlaggebende Faktor? Er schüttelte sich innerlich. Auf was für Gedanken kam man doch, wenn man in Not war! Würde denn seine Lage wesentlich gebessert, wenn er seinen Arbeitsbruder schädigte, der vielleicht noch im Produktionsprozess stand und trotzdem nicht satt und nicht froh wurde!

„Du mußt den Schein ordentlich in die Hand nehmen, damit du ihn nicht verlierst“, sagte er zu dem Kinde väterlich, und dann den Wagen zu verlassen, trotzdem er noch nicht am Ziel war.

Dyker des Antreiberbüxtens

Paubegast. Ein schweres Unglück ereignete sich gestern auf der Baustelle Gerstenberger u. Döhler. Beim Tragen eines 4 Jtr. schweren Zementstückes stürzte die Träger. Vier Arbeiter wurden verletzt, einer wurde ins Krankenhaus eingeliefert, das die wahre Ursache ist hier das widerliche Antreiberbüxtens, das die Arbeiter zur Aufrichtung sämtlicher Bauarbeiten zwingt. Und wie dann der unter der Kapitalrolle zusammengebrochene Arbeiter eingeschickt wird, zeigt die unerschütterliche Tatsache, daß der Zimmerpolier einen Arbeiter hundert, einen Krieger zur ersten Hilfeleistung für die Verunglückten holen zu lassen... Am Dienstag wurde auf derselben Baustelle durch ein „Zweiterparnis“ wegen eingeschicktes Entens, die Weiter aus dem Gebäude zu werfen, einem Arbeiter ein Loch in den Kopf geschlagen. Wollen die Arbeiter wirklich widerstandslos ihr Leben dem Kapitalprofit opfern?

falls aber wird die Reaktion wieder versuchen, vorzustoßen, wenn nicht seitens der Freien Vereinigung der weltlichen Schule energische Schritte unternommen werden, die den Pfaffengängern das Wasser abgraben.

Mitteilungen der Konzertdirektion J. Ries

Donnerstag 9. Februar 19.30 Uhr im Palmengarten. Lieberabend von Charlotte Dietrich, Breslau, mit Dr. A. Uhlir am Flügel. Programm: Händel, Mozart, Regner, Hugo Wolf. — Karten bei J. Ries, Seestraße 21.

Donnerstag 9. Februar 19.30 Uhr im kleinen Saal der Kaufmannshaus. Angeli Felicitas Gold-Roule „Das Kind der Berge“. Zuzus von E. Greig und Nibel von Brahms, Regner und Trunk. Im Bechstein-Flügel: H. Lidolowski. — Karten bei J. Ries, Seestraße 21.

Freitag 10. Februar 19.30 Uhr im Palmengarten. Konzert vom Dresdner Streichquartett (Frischke, Schneider, Riphahn, Kroppholler). Programm: Streichquartette Schumann A-Moll, Respighi Quartetto dorico, Duval F-Dur. — Karten bei J. Ries, Seestraße 21.

Tollers „Hinkemann“ für die Gewerkschaften und die Volksschulen. Für die Dresdner Volksschulen C. B. und den Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbund gelangt in der Komödie die Tragödie „Hinkemann“ von Ernst Tollers am 12. 2., 19. 2., 26. 2. in geschlossenen Vorstellungen zur Aufführung. Interessierte Mitglieder der Dresdner Volksschulen können schon jetzt Anrechtkarten zu allen Vorstellungen zum Preise von 1,50 Mark einschließlich Garderobe und Theatervorteil gegen Vorlegung der Mitgliedskarte in der Geschäftsstelle, Schloßstraße 34/36, II., und an den Kartenverteilungsstellen des Vereins in den Theatern erwerben.

Das elfte Sinfonie-Konzert findet am Mittwoch dem 15. Februar 20 Uhr im Gewerkschaftsraum statt. Die aufgelisteten Nummern werden noch bekanntgegeben.

Der Arbeiter-Stenographenverband, Ortsgruppe Dresden, beginnt heute Donnerstag den 9. Februar, 19 Uhr, in der 21. Volksschule, Donnerberger Platz, einen Anfängerkursus im Einheitskurzschriftsystem. Die Kursgebühr von 6 M. einschließlich Lehrmittel ist so niedrig gestellt, daß es jedem Klassen- und Volksgenossen ermöglicht wird, hier keinem Klassenbewußtsein und seinem Bildungsgrad entsprechend nicht nur Unterricht, sondern später auch Fortbildung und endgültige Ausbildung in stenographischer Beziehung zu erhalten. Nicht nur diejenigen jungen Arbeiter und Angestellten beiderlei Geschlechts, die aus Berufsinteresse heraus oder in Erkenntnis des allgemeinen Kulturwerts der Kurzschrift ihr Können und Wissen erweitern wollen, finden ihren ureigensten Zielen und Interessen gemäß die für sie zuständige Stelle, sondern vor allem müssen alle Funktionäre der Arbeiterorganisationen im Interesse ihrer Verbindungen und der gesamten Klasse sich mit kurzschriftlicher Fertigkeit anzureichern. In erster Linie Protokollanten und Schriftführer heran! Anmeldungen können beim Kursusbeginn und beim Vorhanden Genossen H. Jädel, Antonstraße 14, erfolgen. Leiter Jungangstermin am 16. Februar.

Dr. Max Hedann spricht!

Freitag, Sonnabend den 11. Februar, 19.30 Uhr, im Schloßhofen Saal, Deuben, kleiner Saal, großer öffentlicher Vortrag von Dr. Hedann, Stadtrat, Berlin. Thema: Sozialnot der Ermahnten. Eintritt 30 Pf. Kartiert für diesen Vortrag, jedes Mitglied muß dabei mitbringen.

Achtung! Werbung für die A33!

Die Buchhandlung sucht Genossen zur Werbung — meldet euch sofort!

Klassenkampf der SPD

Wohlt. Unser am 20. Januar in der Arbeiterstimme erschienenen Artikel über die Gemeinderatswahl vom 16. Januar wurde in einer öffentlichen Einwohnerversammlung am 20. Januar von Referenten, Herrn Rowotow (SPD), als Liegenkapitel bezeichnet, obwohl er die einzelnen Punkte nicht widerlegen konnte.

der unjeren Genossen Dietrich veranlaßt, von dem Verkaufsrecht an dem Jöhnschen Grundstück Neubrodow Nr. 195a abzuweichen. An derartig unethische Handlungen der SPD sind wir nun bald gewöhnt.

Aus dem Gemeindeparlament Wildberg

Vor 28 Zuhörern fand am Donnerstag dem 2. Februar die zweite öffentliche Gemeindevorordnetenversammlung statt. Als ersten Punkt mußte man die Wahl des ersten Vorstehers nochmals vornehmen.

Aus dem Gemeindeparlament Dölschen

In der diesjährigen ersten Gemeindevorordnetenversammlung der Sozialdemokraten, wie allerorts, so auch hier, daß sie ihre bisherige Politik (Einheitsfront mit den Bürgerlichen) auch in diesem Jahre fortsetzen werden.

Nach der Begrüßung, in der der Bürgermeister der Hoffnung Ausdruck gab, daß das neue Jahr finanziell günstiger sein möge, als das vorherige für die Gemeinde war, hat der Vorsteher, Bürgermeister Darre, um Vorschläge zum ersten Punkt: Wahl des Vorstehers und dessen Stellvertreter.

Aus der Freidenkerbewegung

Was wir wollen

1. Als Freidenkerorganisation

In 22-jähriger, jüher, unermüdblicher Arbeit hat sich der Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung E. B. sich Berlin, aus den kleinsten Anfängen heraus zur größten Freidenkerorganisation entwickelt.

In geschlossener Front, getragen von marxistischen Ideen, geträgt auf die aufopferungsvolle Tätigkeit vieler Tausender ehrenamtlich tätiger Funktionäre in rund 1600 Ortsgruppen, führen wir den Kampf für eine freidenkerische, moderne Kultur, gegen geistige Unterdrückung.

Die Kirche ist eine Feindin des Sozialismus, weil es ihre Aufgabe ist, die Befreiung und Aufwärtsentwicklung des Proletariats zu verhindern.

Zunmer kräftiger tritt gerade jetzt zutage, daß die Kirche ein von reaktionären Tendenzen getragenes politisches Machsinstrument darstellt. Die Kirche hat die Entgegnung der ehemaligen Fürsten verlohren, hat für die Erhöhung der Zölle und Steuern gestimmt, hat, zumal in den letzten Jahren, mit Erfolg am Zusammenkommen vieler reaktionärer Kräfte mitgewirkt.

Der Kampf gegen diese kirchliche Herrschaft durch die Entfesselung einer großen Volksbewegung ist heute nicht nur eine kulturelle Notwendigkeit, sondern ist zu einer Lebensfrage für die wertigste Bevölkerung geworden.

Aus dem Gemeindeparlament

Reichenau. Die letzte öffentliche Gemeindevorordnetenversammlung hätte wiederum eine annehmbare Besucherzahl aufzuweisen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung verlas der Bürgermeister den Verwaltungsbericht vom vergangenen Jahre, woraus unter anderem zu entnehmen war, daß die Einwohnerzahl im Orte am Ende des Berichtsjahres 7447 beträgt.

Katastrophale Wohnungsverhältnisse

Großpostwitz mit seinen 1200 Einwohnern liegt eine Stunde südlich von Falken. Vorwiegend ein Arbeiterdorf, wird es trotzdem von der schwarzen Reaktion beherrscht. Zumeist Zeitarbeiter, in den Arbeiterparadien Kirchen und Heiligtümer beschäftigt, haben sie unter den Hungerlöhnen zu leben.

Arbeiter von Großpostwitz! Ihr müht euch diese Herren ansehen, die für euch nichts übrig haben. Bei der großen Berechnung in diesem Jahre, zur Reichstagswahl, gebt ihnen den wohlverdienten Tribut!

Minderwertige Wähl

Jöhnsch. Als handelsübliche vollwertige Martynmilch ist nur eine solche mit mindestens 2,80 Prozent Fettgehalt anzuerkennen. Die Ergebnisse der Milchuntersuchung durch die staatliche Landesstelle für öffentliche Gesundheitspflege, die am 17. Januar 1928 vorgenommen wurde, zeigten folgendes Ergebnis (nach Prozenten in Fettgehalt):

Alfred Horn 2,7 Proz., Georg Mühle 2,6 Proz., Wilsa Köhner 2,7 Proz., Emil Trontmann 2,5 Proz., Georg Lehmann 2,3 Proz., Martha Fröhlich 2,4 Proz., Richard Winkler 2,5 Proz., Entnommene Stadt- und Verkaufsprüben am 25., 26., 27. Jan.: Georg Mühle 2,80 Proz., Georg Mühle 2,55 Proz., Martha Fröhlich 2,55 Proz., Martha Fröhlich 2,60 Proz.

Sämtliche entnommenen Proben sind somit als minderwertig zu bezeichnen.

Aus der Braxie des Christentums

Kirche und Agrarieraufmarsch

Das Oldenburger Landvolk und die Oldenburger Handwerker veranstalteten am 26. Januar in Oldenburg eine große Kundgebung. In den Demonstrationen waren u. a. folgende Demonstrationsschilder getragen, die die politische Lage des schwarz-weiß-roten Landvorkommens enthielten: "Fort mit den hohen Beamtengehältern!"

Aus dem Organisationsleben

Die Internationale proletarischer Freidenker (IPF), die Wien, hat ihre Beteiligung an der internationalen Presseausstellung (Presse) in Köln am Rhein (Mai bis Oktober 1928) im Rahmen der allgemeinen Zeitschriftenabteilung angemeldet und beabsichtigt, unter dem Titel "Freigeistige Presse" einen Ueberblick über die gesamte internationale freigeistige Bewegung zu geben.

Welt der "Atheist"

Die wissenschaftliche Monatschrift der IPF. — Behauptungen richten man an die Ortsgruppen.

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung E. B. Gruppe Oppelwerbach, 13. Dezember, 1928. 19.30 Uhr im Angerhäuschen, Oppelwerbach 12, Jahreskonferenz mit Resolventen der Gruppenleitung.



**Wenn's niemand macht!
Oswald Machts!**
Hauptlager:
Kaulbachstraße 31, I. Ebg.
Ecke Pillnitzer Straße
Möbel
aller Art
Große Auswahl! Billige Preise!
Günstige Zahlungsbedingungen!

Dampfbäckerei mit elektr. Betrieb
ff. Frühstücksgebäck
Otto Hering, Dresden-N.
Löhnitzstraße 13 / Fernsprecher 54137

Wo treffen wir uns heute?
Bei Hermann Trompler
Restaurant Eisenberger Straße 15
(Ecke Hallesche Straße)
In Dessau, Blaus und Mühlberg
Besitz: „Empor zum Käst!“
2 Vereinszimmer noch 2 Tage frei
Inhaber seit 1910 Ruf 53567

Anzüge
zur Jugendweiche äußerst preiswert
Große Auswahl
K. Schwandorff
Meißen, Baderberg 5

Besonders preiswerte
Konserven
2-Pfund-Dose
Karotten, geschnitten 40 Pf.
Schnittbohnen..... 60 „
Gemüse-Erbsen.... 70 „
Spinat..... 58 „
Junge Erbsen..... 85 „
Erbsen mit Karotten... 65 „
Gemischtes Gemüse 75 „
Apfelmus 2-Pfd.-Dose 75 Pf.
Pflaumen mit Sichel 2-Pfd.-Dose 85 Pf.
6% Rabatt!
Carl Bauck, Pirna
Reitbahnstraße 2

Berufs-Kleidung
Schlossermäntel
Maurerblusen
Maurerhosen
Eisenbahnerhosen
Schiffbauarbeiterhosen
Malerhosen
Berufsmäntel
Blau, Braun und Schwarz
Arbeitskleidung
leber Zeit
Dreieck durchsichtig billig bei
Ernst Klapp
Lillengasse 52
Alle Jalousienarbeiten
Größe Constantentafel

Stromplanirererei
Zellulosestraße 104
Schalt-, Schalttafel-, Bilder-,
Anzeigegeräte, Kleider-,
schrank-, Ventil-, Sofa-,
Chaiselongues, Bettst., mit
Metalle, Kuchenschrank
verz. P. Palmstraße 31, part.
Lwosl. Teilzahlung

Alle Leser
der Arbeiterstimme sind gewöhnt,
auch dem Inseratenteil die gebüh-
rende Beachtung zu schenken, so
kaufen nur
beeinflusst durch die in den Ge-
schäftsanzeigen gemachten preis-
werten Angebote
bei den Inserenten

**Verrechnet!! — Besinne Dich!
Eine Geschichte zum Nachdenken.**

Am der alten Rheinbrücke zu Köln sah ein Greis, er-
barmungswürdig anzusehen, Neben dem ersten Laternen-
pfahl war er jahraus jahrein da zu finden, so sicher wie der
Laternenpfahl selbst. Er bettete nicht mit Worten, aber
sein ganzes Aussehen bettete, und dabei nickte er den Vor-
übergehenden zu und zwinkerte mit den Augen, als ob er
ihnen sein Elend nur im geheimen andeuten wollte. —
Nun kamen elast zwei fröhliche Gesellen von Deutz aus dem
„Marienbildchen“ herüber, wo sie sich gemütlich gesessen
hatten. Ihre Fröhlichkeit machte sie auch freigeigig; sie hielten
bei dem Alten an, spendeten ihm eine Gabe und der Alte
sagte: „Ich wünsche Ihnen dafür, daß Sie sich nicht auch
verrechnen wie ich!“ „Wie meint Ihr das?“ fragten sie.
— „Ja“, sagte der Alte, „ich habe auch einmal gute Tage
gesehen und habe sorglos draufgehen lassen und habe mich
dabei verrechnet. Ihr Jungen von heut' habt es besser.
Rummer bleibt Euch eher erspart — ausgenommen der
Liebesummer in jungen Jahren, da ist Euch nicht zu
helfen. Ihr müßt abwarten. — Seid Ihr aber reise
Männer und von Sorgen belastet — und eine der schlimm-
sten ist die Nahrungsfrage — so erkennet: „Ihr waret un-
geschickt, weil Ihr in all Eurem Tun nur halb dabei
waret; Ihr habt vergeudet und Euch verrechnet, denn
Ihr habt übersehen, daß die heutige Zeit Euch Möglich-
keiten bietet zu sparen — und dabei doch gut zu leben.
Habet die Augen auf, greifet zu und rechnet denen, die mit
Euch rechnen, achtsam nach. Gehet zu denen, die Euch hel-
fen, deren Veißpruch es ist: „Der Dienst am Kunden.“
Ein Unternehmen, das dem Fortschritt von Kultur und
Technik entsprechend dieses Motiv seiner Kalkulation zu-
grunde legt, ist der Schokoladen-Konsum. Seine nach-
sichtlichen Preise reden zu denen ein hereditäres Wort, die
den Geist der heutigen Zeit verstehen. Die

süße

Woche beweist Ihnen das von neuem. Sie müssen jetzt
im Schokoladen-Konsum kaufen. Hunderttausende tun es
bereits regelmäßig, und sie haben es nicht bedauert. Auch
Sie werden das gleiche tun, denn auch Sie werden er-
kennen, daß unsere Artikel nicht mehr zum Luxus gerech-
net werden, sondern daß sie ein billiges, wohlschmeckendes
Nahrungsmittel sind. Wir haben keine Luxusartikel, wir
haben nur gleichmäßig billige Preise. Sie erhalten keine
Ladenhüter, keine Ramschware, immer frische, einwand-
freie Qualitäten. Lassen Sie sich nicht verblüffen, wenn
wir unglaublich billig sind. Wir sind gleichmäßig billig
immer nach dem Grundsatz: „Durch erhöhten Umsatz so
billig wie möglich!“ Sie bestimmen dadurch die Preise
selbst! Alle Preise gelten, soweit es nicht Tafeln oder
Packungen sind, für ein halbes Pfund:
Spezial-Süßmilchmischung mit Menthol, Eucalyptus, Anis,
Zedern- u. ermahnter Preis, jetzt ein halbes Pfund
28 Pfg. Lindernde Brustkaramellen, ein halbes Pfund jetzt
26 Pfg. Kaugeschmack-Pralinen, ein halbes Pfund 39 Pfg.
(Dieser ebengenannte Artikel macht Sie sowieso zu unserem
dauernden Kunden.) Mexikanische Mischung (feine Pra-
linen), ein halbes Pfund 65 Pfg. Honigbienen, sehr wohl-
schmeckend, ein halbes Pfund 39 Pfg. — Saure Mischung,
ein halbes Pfund 28 Pfg. — Zwei Tafeln gute Vollmilch-
Schokolade (jede Tafel wiegt 100 Gramm, zusammen 200
Gramm) 58 Pfg. — Zwei Tafeln gute Haselnuß-Schoko-
lade (jede Tafel wiegt 100 Gramm), zusammen 62 Pfg. —
Honigwürfel mit Honig, ein halbes Pfund 29 Pfg. —
Saure Himbeeren, ein halbes Pfund 28 Pfg. — Num-
geschmack-Kugeln, ein halbes Pfund 45 Pfg. — Pfeffer-
minzbruch, ein halbes Pfund 28 Pfg. — Notta-Pralinen,
mit Kaffee hergestellt, ein halbes Pfund 45 Pfg. — Spitz-
kuchen, mit Schokolade überzogen, ein halbes Pfund jetzt
47 Pfg. — Persipan-Pfannkuchen, gefüllt, Stück 25 Pfg. —
Milchpudding, 2 Tafeln 45 Pfg. — Notta-Schokolade, mit
nur reinem Kaffee hergestellt, 2 Tafeln, jede Tafel 100
Gramm, zusammen jetzt ausnahmsweise 62 Pfg. —
Zitronen- und Apfelsinen-Creme-Bruch, ein halbes Pfund
nur 36 Pfg. — Geschenk-Packungen, enthaltend ein halbes
Pfund feine Pralinen in eleganter Packung, Ausnahms-
preis jetzt 68 Pfg. — Zweimal ein viertel Pfund Gold-
wappen-Pralinen, zwei Packete nur 68 Pfg. — Weinbrand-
bohnen (deren gute Qualität Sie schon lange kennen), ein
halbes Pfund 68 Pfg. — Korinther-Wissen, mit feiner
Zülfung, ein halbes Pfund 55 Pfg. — Walnuß-Pralinen,
ein halbes Pfund 65 Pfg. — Vollmilch-Nuß-Schokolade,
wirklich überzeugende Qualität, zwei Tafeln, zusammen
200 Gramm, 75 Pfg. — Hausmarke, ein halbes Pfund
55 Pfg. — Figuren-Schokolade, ein eßbares Spielzeug, eine
Tafel 100 Gramm, 25 Pfg. — Milado-Schokolade, mit
Gelee und Creme gefüllt, ein halbes Pfund 39 Pfg. — Mo-
zart-Pralinen, fein gefüllt, ein halbes Pfund 65 Pfg. —
Erdbeermischung, ein halbes Pfund 42 Pfg. — Milchborte-
ein halbes Pfund 75 Pfg. — Nürnberger, fein zusammen-
gestellte Mischung, ein halbes Pfund 42 Pfg. — Milch-
bonbons, ein halbes Pfund 38 Pfg. — Lebenswacker, ein
halbes Pfund 33 Pfg. — Nougatstangen, 100 Gramm
40 Pfg. — Turniermischung, ein halbes Pfund 55 Pfg. —
Erfrischungswaffeln, ein halbes Pfund 55 Pfg. — Persi-
pan-Würste, früher zwei Stück 30 Pfg., jetzt zwei Stück
24 Pfg. — Gebrannte Mandeln, hochfein im Geschmack, ein
halbes Pfund 65 Pfg. — Und noch vieles andere mehr.
Der Schokoladen-Konsum Hermann Schirmitz
G. m. b. H.
Pirna, Lange Straße 28 (gegenüber dem Pirnaer Anzeiger).
Königslein, Hainstraße 68.

Alle
Lebensmittel
billig
Witt. Baage
Pirna
Marktgasse
6% Rabatt

Alle Farben
und Lacke
1. Fabrikanten, Tüben, Farben
in allen gewünschten Far-
ben, streichfähig u. sehr
schön, wie auch Wand-
malen, Schablonen, Pinsel
usw. 125
Drogen- u. Farbenhaus
Paul Sachse Pirna
Gartenstr. 4. Pirnaer Anzeiger

Sämtliche altbekannten
Biere
bietet Ideal Haus und
Kantine
Kurt Noack
Dönnitzscher Platz

Alle
Lebensmittel
äußerst billig!
Fritz Leuschke
Pirna-Copitz
Pillnitzer Str. 11

Amliche Bekanntmachungen

— Freitag —
Trichinenhaubezirk Freitag
Durch Ratsbeschluss sind die Trichinenhaubezirke des Stadt
Freitag wie folgt neu festgelegt worden:
1. Bezirk: Trichinenhauber Wäldner, Stadtteil Reichhappel mit
Birkigt und Niederpesterwitz.
2. Bezirk: Trichinenhauber Böhm, Stadtteil Dahlen und Jau-
derode.
3. Bezirk: Trichinenhauber Lorenz, Stadtteil Deuben und
Schweinsdorf ohne Postamtstraße und Niederhäßlich.
4. Bezirk: Trichinenhauber Schuster, Stadtteil Burgk, Nieder-
häßlich mit Postamtstraße bis zur Einmündung in
die Obere Dresdner Straße.
Für Stadtteil Burgk sind die Trichinenhaubezirke nicht
mehr wie bisher an den Trichinenhauber, sondern zusammen mit
den Fleischhaubezirken an die Hebestelle im Stadtfleischhaus
abzuführen. Sie betragen für 1 Schwein 1,25 RM, für 1 Hund
1 RM.
In Hausabrechnungsfällen wird die Fleischhaube gleich-
zeitig vom Trichinenhauber mit ausgerechnet.
Nat der Stadt Freitag, am 4. Februar 1928.

Bürgerkasino
Ab 8. Februar 1928, täglich
große Faschings-Revue
in 12 Bildern
Rund um München
30 Mitwirkende
Herrliche Dekoration in sämtlichen Räumen
Konzertbeginn 16.30 Uhr
Fahrrad-Emaillierungen in bester, haltbarster Aus-
führung in der Lackiererei
MEYER, Fröbe!str. 6/8. Arbeiter zahlen Händlerpreis.

Sonder-Angebot

**Fett-
Fleisch- u. Wurstwaren**

Holst. Blockwurst IPfund	1.60 RM.
Holst. Zervelatwurst IPfund	1.60 RM.
Schlackwurst, feinstePfund	2.40 RM.
Salamiwurst IaPfund	2.40 RM.
Zervelatwurst IaPfund	2.40 RM.

Feinstes amerikanisches
Schweineschmalz
Pfund 78 Pfennig

Saftsinken in DosenPfund	2.80 RM.
Nackensinken in DosenPfund	2.60 RM.
Bordersinken in DosenPfund	2.40 RM.
Geräuch. Delikatess-BauchspeckPfund	1.40 RM.
Geräucherter RückenspeckPfund	1.40 RM.

Konsumverein
Vorwärts
Abgabe nur an Mitglieder
Mitglied kann jeder werden.
Eintritt 50 Pfennig.